

Woher kommt die Verehrung für Erdogan?

Sowohl in der Türkei als auch im Ausland huldigen tausende Menschen einem Mann, der ihre Freiheiten stützt und dessen Ziel die Zementierung seiner Macht ist. Warum?

SN-THEMA
Phänomen Erdogan

GUDRUN DORINGER

Der 16. April könnte das Ende eines Landes bedeuten, wie es sich liberale türkische Geister wünschen: demokratisch, pluralistisch, frei. Sollte Recep Tayyip Erdogan mit seiner Verfassungsreform durchkommen, wird alle Macht bei ihm liegen. Der Präsident wird Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen und das Parlament jederzeit auflösen können, die Justiz wird ihre Unabhängigkeit verlieren.

SN: Erdogan ist zum Autokraten geworden. Warum ist er dennoch so beliebt?

Kenan Güngör: Das Paradoxe an dem Phänomen Erdogan ist, dass die Leute ihm ihre Stimme zu einer Zeit gegeben haben, als er das Gegenteil von dem war, was er heute ist: Der Pro-Europäische. Der Modernisierer der Türkei, der den Schutz von Minderheiten betont hat. Sie wählen ihn heute nicht, weil er einen autoritären Staat will. Sie wählen ihn, egal, was er sagt.

SN: Warum? Ist das den Menschen egal?

Die pragmatischen Wähler, die abwägen, was ihnen eine Partei bringt und was nicht – die gibt es mehr in Europa. Ein Großteil der Wähler in der Türkei strebt eher nach einer charismatischen Führerschaft. Du wählst jemanden aufgrund seines Charismas, bindest dich an ihn und gestehst ihm inhaltlich höhere Flexibilität zu. In Gesellschaften, wo sich keine mündigen Bürger entwickelt haben, wo Vater Staat alles weiß, hat das Regieren etwas von einer Erwachsenen-Kind-Beziehung: „Wir sorgen für euch, ihr seid still.“ Das ist hier ein bisschen schwierig nachzuvollziehen, aber in der Geschichte der Türkei ist der charismatische Führer sehr präsent. Zunächst war es Atatürk, danach das Militär und jetzt Erdogan. Das Obrigkeitendenken ist erst in den 60er Jahren aufgebrochen, das ist nicht lange her.

SN: Hat die Bevölkerung da nicht aufgeatmet? Warum verzeiht sie jetzt die Rolle rückwärts?

Erdogan steht für eine große Gruppe von religiösen, konservativen Menschen, die sich in der Türkei lange nicht gezeigt und artikuliert haben. Was er gemacht hat: Er hat das religiöse Moment mit der Modernisierung verbunden. Früher war Religiosität in der Türkei stark mit Rückwärtsgerichtetheit verbunden. Das hat sich mit Erdogan geändert. Durch ihn ging sie plötzlich mit Wirtschaftswachstum, politischer Stabilität und Modernisierung einher. Die türkische Gesellschaft ist ja weder eine ganz traditionelle Gesellschaft, noch ist sie eine ganz modernisierte westliche Gesellschaft. Sie brauchte eine Synthese, die beides in sich aufgreift. Dafür stand Erdogan mit der AKP Pate. Und er hat Leadership gezeigt: Die AKP hat der Türkei eine Phase der politischen Entspannung gebracht und den Kurden-Konflikt zunächst beruhigt. Ganz wichtig auch: Wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand. Ein Land, das über lange Zeit Riesen-Inflationsraten hatte, hat über die AKP-Zeit ein massives, ungeahntes wirtschaftliches Wachstum erlebt. Dieser Erfolg macht sexy. Man verbindet die Prosperität mit seiner Person. Seit einigen Jahren aber funktioniert das nicht mehr so gut. Erdogan ist vom Hoffnungsträger und Stabilisator zum De-Stabilisator

Das Referendum am 16. April Erdogan setzt auf Auslandstürken

Aufgepeitschte Emotionen helfen, das Publikum in Stimmung zu bringen vor dem Referendum über die Einführung eines Präsidialsystems im April. Das könnte knapp ausgehen, wenn man den vorsichtigen Prognosen glaubt, die Demoskopien in Ermangelung belastbarer Meinungsumfragen abgeben. Umso mehr setzt Erdogan

auf stimmberechtigte Bürger im Ausland, wo er besonders populär ist.

Bei der Parlamentswahl 2015 waren drei Millionen im Ausland lebende Wahlberechtigte erfasst: Knapp die Hälfte in Deutschland, rund 90.000 wahlberechtigte Türken in Österreich. 70 Prozent der Austrotürken stimmten 2015 für Erdogan.



Erdogan bietet Auslandstürken an, wonach sich viele sehnen: Heimat.

BILD: SN/APA/AFP/YASIN AKGUL

der Türkei geworden. Er wollte den Krieg mit der PKK beenden, heute tut er alles, um ihn eskalieren zu lassen. Erdogans Zwist mit der Gülen-Bewegung hat dazu geführt, dass die Unfreiheiten in der Türkei zugenommen haben. Das spüren die Leute. Die politische Stabilität bröckelt. Aber noch ist der Break-Even-Point nicht erreicht, würden Wirtschaftsleute sagen.

SN: Das sind Faktoren, die vor allem Türken spüren, die in der Türkei leben. Knapp drei Millionen Wahlberechtigte leben im Ausland. Was ist mit ihnen?

Wir dürfen eines nicht vergessen: Wir haben nicht mehr die 50er oder 60er Jahre. Wenn Leute damals emigriert sind, haben sie vom Ursprungsland wenig mitbekommen. Heute erfahren türkischstämmige Menschen, die anderswo leben 1:1, was in der Türkei passiert. Dazu müssen sie gar nicht körperlich dort sein. Durch die Digitalisierung findet eine Art Enträumlichung statt.

SN: Verständlich, dass Auslandstürken das Vorgehen Erdogans interessiert. Aber warum heißen sie es gut?

Es gibt genug Studien, die zeigen, dass Türkei-stämmige in Österreich und Deutschland eine massive Wertschätzung für das Land haben, in dem sie leben. Aber emotional fühlen sie sich ihrem Ursprungsland verbunden. Die Leute leben hier, sie fühlen sich wohl, nie aber als Teil der Gesellschaft. Sie bekommen ein doppeltes Signal von der Gesellschaft: „Integriert euch, aber ihr gehört nicht dazu“. Und dann kommt Erdogan und instrumentalisiert das wunderbar: „Ihr seid in Europa in der Minderheit, euch nimmt man eure Rechte, ihr werdet unterdrückt. Aber wir sind für euch da!“ Das ist sowas wie eine Liebeserklärung. Er bietet Zugehörigkeitsgefühl.

SN: Wenn Menschen hier leben und die Demokratie schätzen – wie ist es möglich, einen Autokraten zu wählen?

Sie übersehen, welches Narrativ Erdogan produziert. Er sagt: „Wir haben dieses Land zu Wohlstand und Ansehen geführt, wir haben die Gesellschaft wieder mit ihrer Geschichte verbunden, mit dem Osmanismus.“ Das führt zu einer wahnsinnigen Selbstaufwertung. Was dann folgt, ist das klassische Muster von allen populistischen Parteien weltweit. Erdogan sagt: „Und jetzt, wo wir soweit gekommen sind, wollen sie uns be-

kämpfen. Die PKK, die vom Ausland finanziert ist. Europa, das uns nicht will. Amerika, das uns nicht will und deswegen die Gülenbewegung unterstützt. Gegen all diese Feinde müssen wir kämpfen, weil sie uns als islamisches, modernes Land nicht wollen.“ Das ist die Kommunikationsschiene, die in der Türkei gefahren wird.

SN: Je mehr Erdogan also in Streit mit dem Ausland gerät, umso aggressiver kann er zu Hause auftreten und umso mehr hilft ihm das in seinem Wahlkampf.

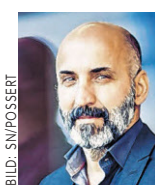
Ja, Solange er die Deutungshoheit hat, kann er das Bild so einseitig zeichnen wie es ihm passt. Hätten wir eine pluralisierte Öffentlichkeit in der Türkei, würde man das auch anders lesen können. Aber er hat das Monopol, wie diese Phänomene zu deuten sind. Fast alle Kanäle mittlerweile stehen unter seinem Einfluss. Das Weltbild ist dann relativ einfach.

SN: Wenn ein Türke mit diesem Weltbild hier lebt, ist er in seinen Augen ja von Feinden umgeben, oder?

Damit spielt Erdogan. Er sagt: „Ihr seid draußen nicht geschützt im Feindesland, aber wir sind der sichere Hafen.“ Das ist natürlich eine ganz große Bindung. Je mehr er das vorantreibt, umso desintegrierter fühlen sich die Menschen hier.

SN: Was kann man tun außer sich empören? Und ist ein Wahlkampfverbot für türkische Politiker im Ausland die richtige Reaktion?

Ich fände es wichtig, dass Europa zwei Signale aussendet. Das eine ist ein klares Angebot an die Community hier: „Ihr seid ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Ihr seid nicht länger Fremdkörper.“ Denn so fühlen sich viele, obwohl sie hier geboren sind. Je weniger Zugehörigkeitsgefühl dieses Land anbietet, umso mehr suchen sich die Leute das woanders. Das Zweite ist: Ich halte es für richtig, dass demokratische, liberale Länder Erdogan keine Bühne geben, um für ein anti-demokratisches System zu werben. Das geht nicht.



Kenan Güngör ist kurdischstämmiger Soziologe und lebt seit 2007 in Österreich. Sein Büro „think difference“ schuf Integrationsleitbilder für Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich.